



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 31. Januar 2014

Inhalt

- 1. SPD ist treibende Kraft in der Regierung – Hessen sind dabei gut aufgestellt!**
- 2. Rentenpaket**
- 3. Neustart der Energiewende**
- 4. Ulrike Gottschalck zur neuen Landesgruppen-Vorsitzenden der Hessen gewählt**



SPD ist treibende Kraft in der Regierung – Hessen sind dabei gut aufgestellt!

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ (*Hermann Hesse*) sagt man – der Start der Großen Koalition ist noch gewöhnungsbedürftig, gerade auch für uns nordhessische Parlamentarier: Zusammen mit der Union haben wir uns in den nächsten vier Jahren allerdings viel vorgenommen und unsere Ministerinnen und Minister sind dabei die treibende Kraft. Wir haben viel auf dem Tableau: gerechte Renten, Energiewende, Abschaffung der Optionspflicht, die Einführung eines Mindestlohns und vieles mehr, was wir in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnete am Mittwoch mit ihrer Regierungserklärung das Plenum. Danach sprach unser „frischgebackener“ Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann und verdeutlichte, was die Menschen im Land von der Großen Koalition erwarten dürfen, nämlich dass Deutschland ein Stück besser und gerechter wird. Der Mitgliederentscheid der Sozialdemokraten bietet die solide Basis, dass wir unsere Vorhaben in der Regierung vorantreiben und umsetzen.

Neben der Wahl unterschiedlicher Gremien, wie dem Bundesfinanzierungsgremium, dass die parlamentarische Kontrolle über die Art und Weise der Verschuldung des Bundes ausübt und dem auch Ulrike Gottschalck zukünftig angehören wird, gab es Generalaussprachen zu allen großen Politikfeldern: Verteidigung; Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Wirtschaft und Energie; Finanzen und Haushalt; Arbeit und Soziales; Gesundheit; Ernährung und Landwirtschaft; Innenpolitik; Recht und Verbraucherschutz; Familien, Senioren, Frauen und Jugend; Verkehr und Infrastruktur; Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Bildung und Forschung.

Im Laufe der Legislaturperiode stehen in allen diesen Bereichen wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen an. Wir wollen in den *Aktuellen Hauptstadtinfos* auf das viel diskutierte Rentenpaket und die EEG-Reform eingehen.

Rentenpaket



Beim Rentenpaket geht es keineswegs nur um Rente mit 63. Es handelt sich vielmehr um ein umfangreiches Gesetzesvorhaben, das Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gleich zu Beginn des Jahres vorgelegt hat. Es geht im Wesentlichen darum, die Lebensleistung von Menschen stärker anzuerkennen. An diesem Mittwoch hat das Kabinett die Rentenbeschlüsse nun auf den Weg gebracht. Die Kosten des Paketes, die auf 9 bis 11 Mrd. Euro im Jahr geschätzt werden, werden bis voraussichtlich 2018 aus den Reserven der Rentenversicherung bezahlt werden können. Danach wird der Bund einen Steuerzuschuss überweisen.

Das Rentenpaket beinhaltet:

- Die sogenannte **Mütterrente**. Also die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden.
 - Frauen, deren Kinder vor dem Jahr 1992 geboren wurden erhalten damit zukünftig einen Renten-Entgeltpunkt mehr, wenn sie bereits Rente beziehen. Bei den zukünftigen Rentnerinnen wird dann ein weiteres Jahr Kindererziehungszeit angerechnet werden, was in der Regel ebenfalls einem Entgeltpunkt entspricht. Damit wird anerkannt, dass Frauen, vor allem in den westlichen Bundesländern, durch fehlende Kinderbetreuungsplätze häufig schlechtere Chancen im Beruf hinnehmen mussten.
- **Rente mit 63**: Die abschlagfreie Rente für alle, die mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben.
 - Wer über Jahrzehnte gearbeitet hat, ob selbstständig oder in abhängiger Beschäftigung, und mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat, der soll ab dem 1. Juli 2014 nach Vollendung des 63. Lebensjahres ohne Abschläge in Rente gehen können. Mit Ausnahme von Zeiten der Dauerarbeitslosigkeit werden alle „Auszeiten“, wie beispielsweise Zeiten der Kindererziehung, voll berücksichtigt. Allerdings werden alle, die nach 1952 geboren sind und 45 Beitragsjahre vorweisen können, länger arbeiten müssen, da sich das abschlagfreie Renten-Zugangsalter – parallel zum höheren allgemeinen Renteneintrittsalter, auf 65 Jahre erhöht.
- Eine **Anpassung der Leistungen für Rehabilitationsmaßnahmen** an die demografische Entwicklung.
 - Wir wollen die Erwerbsfähigkeit in unserer älter werdenden Gesellschaft möglichst lange erhalten und dazu sind auch Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation notwendig. Daher soll das bereits existierende Reha-Budget von 2014 an um rund 100 Mio. Euro, später um gut 200 Mio. Euro, erweitert werden. Reduziert werden kann es wieder, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gegangen sind.
- **Höhere Renten bei Erwerbsminderung**.
 - Wer nicht mehr arbeiten kann, zum Beispiel auf Grund eines Unfalls, dessen vorherige Arbeitsleistung soll zukünftig mehr Wertschätzung erfahren. Dazu wird eine neue Berechnungsart herangezogen, um Lücken auf dem Rentenkonto zu füllen. Dazu wird die derzeitige Zurechnungszeit von 60 auf 62 Jahre erhöht. Mit anderen Worten wird die Rente fiktiv bis zum 62. Lebensjahr gezahlt und die Betroffenen werden so gestellt, als ob sie bis 62 in die Rentenkasse einbezahlt hätten.

Alle diese Maßnahmen erfahren eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Rentenpaket viel kostet: Die Kosten sollen in diesem Jahr bei 4,4 Mrd. Euro liegen. Davon macht die Mütterrente ca. ein Drittel aus. 2015 sollen die Kosten dann auf ca. 9 Mrd. Euro steigen, bis 2020 auf 10 Mrd. Euro und bis 2030 auf 11 Mrd. Euro pro Jahr. Wir haben bereits Ende letzten Jahres ein Gesetz beschlossen, das dafür sorgt, dass die Mehrausgaben aus den Rücklagen der Rentenkasse finanziert werden können. Zusätzlich wird, wie eingangs bereits erwähnt, von 2019 an der Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die Rentenversicherung erhöht.

Das Thema Rente ist bei vielen mit Unsicherheiten verbunden. Daher hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Webseite eingerichtet, auf der sich jeder über das Paket informieren kann: www.rentenpaket.de. Zusätzlich haben wir Euch einen umfangreichen `Fragen und Antworten-Katalog` beigelegt und **werden zu diesem Thema zeitnah Veranstaltungen in der Region anbieten**. Das Rentenpaket soll Anfang April in den Bundestag eingebracht und Ende Mai vom Parlament beschlossen werden. Um zu verhindern, dass Menschen mit 61 Jahren aus dem Job gedrängt werden (Stichwort „Frühverrentungswelle“), um dann zwei Jahre ALG I zu erhalten und abschließend die Rente mit 63 in Anspruch nehmen zu können, werden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Wir teilen die Meinung vieler, dass eine zügige Umsetzung des Rentenpaketes auch Ausdruck der Verlässlichkeit dieser Regierung ist. Wir setzen das um, was wir uns vorgenommen haben.

Neustart der Energiewende



Die Koalition hat sich vorgenommen, zügig die Energiewende voranzubringen. Strom muss für den Verbraucher bezahlbar bleiben. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann bekräftigte zwar, dass „ein funktionierendes Energiesystem das Herz-Kreislauf-System einer Wirtschaft“ sei, mahnt aber auch: „Energie muss für die Menschen bezahlbar sein.“ **Energiepolitik müsse im Interesse des Allgemeinwohls gemacht werden.**

Nach dem Kabinettsbeschluss über das Eckpunktepapier zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bringen sich nun Interessengruppen und Länderlobbyisten in Stellung. Daher sagt Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel sehr deutlich: „Die Summe der Einzelinteressen wird nicht dem Gemeinwohl dienen“. Er stehe gern für alle Gespräche und Einwände zur Verfügung, werde berechnete Einwände berücksichtigen, aber in der Sache hart bleiben. Gesamtwirtschaftliche Kosten von immerhin 24 Mrd. Euro könnten nicht ignoriert werden und neben allen lokalen und regionalen Interessen gäbe es wirtschaftliche und soziale Probleme, auch im Hinblick auf die EU. Dort laufen derzeit nämlich harte Verhandlungen, weil uns vorgeworfen wird, dass wir mit dem EEG gegen Wettbewerbsrecht verstießen. Auch im Hinblick auf die Klimaschutzziele steht Deutschland alleine da.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben bei der Energiewende Solidarität und Balance sowie Planungssicherheit für Investoren und Unternehmer oberste Priorität. Für den Industriestandort und für die Arbeitsplätze in Deutschland sind konkurrenzfähige Energiepreise außerordentlich wichtig und daher unverzichtbar!

Der entsprechende Gesetzentwurf wird nun in Ausschüssen und bei Anhörungen debattiert und soll noch vor der Sommerpause beschlossen werden.

Wir bemühen uns gerade darum, unseren Wirtschaftsminister Gabriel für eine Veranstaltung in der Region zu gewinnen.

Ulrike Gottschalck zur neuen Landesgruppen-Vorsitzenden der Hessen gewählt

Ulrike Gottschalck ist am Mittwoch einstimmig zur neuen Vorsitzenden der SPD-Landesgruppe Hessen im Deutschen Bundestag gewählt worden. Sie übernimmt das Amt von Michael Roth, der seit 2009 mit der Aufgabe betraut war. Ulrike Gottschalck freut sich auf ihre neue Aufgabe und dankt ihrem Vorgänger für seine engagierte Arbeit. Michael Roth hat die sozialdemokratischen Interessen Hessens in Berlin hervorragend vertreten. Nun liegt es an Uli Gottschalck, dass die hessische SPD mit einer starken Stimme in Berlin vertreten ist.

Neben Ulrike Gottschalck wurden Gerold Reichenbach, Abgeordneter aus Groß-Gerau und der neu gewählte Bundestagsabgeordnete Jens Zimmermann aus dem Odenwald-Kreis einstimmig als Stellvertreter in den Landesgruppenvorstand gewählt.



Der neugewählte Vorstand der SPD-Landesgruppe Hessen v.l.n.r.: Jens Zimmermann MdB, Landesgruppenchefin Ulrike Gottschalck MdB, Gerold Reichenbach MdB.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia